

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 17 37. Jg.

2. Mai 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,  
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementpreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

**Redaktion:**

Hans Ronnger, Berlin N 24 Elsassstraße 86-88 III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schanditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 0,40 Mk. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Obereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition arbeiten.*

## Macht am 4. Mai von eurem Wahlrecht Gebrauch!

Kurz vor seinem gesetzmäßigen Ende hat die Regierung Marx den deutschen Reichstag aufgelöst und die Abgeordneten nach Hause geschickt. *Ursache der Reichstagsauflösung* ist das mit besonderem Nachdruck von der Sozialdemokratischen Partei gestellte Verlangen, die von der Regierung erlassenen *Notverordnungen nachzuprüfen* und die *unerläßlichen Korrekturen* vorzunehmen. Gegen dieses von den Arbeitern berechtigterweise gestellt Verlangen wehrte sich die Regierung Marx mit *allen Mitteln* und griff selbst zum Mittel der *Reichstagsauflösung*, als sie keinen andern Ausweg mehr sah. *Deshalb ist am 4. Mai Wahltag, um das Volk zu hören, ob die erlassenen Verordnungen geändert werden sollen oder nicht.*

**Aber um die Verordnungen geht es allein nicht!** Die Treibe-reien der Putschisten von rechts, die durch den Münchner Hochverratsfilm selbst den politisch Blinden offenbar geworden sein müssen, haben den Sturz der deutschen Republik zum Ziele. *Das Hakenkreuz ist das Symbol der Monarchisten!* Es geht deshalb bei der Reichstagswahl *um Sein oder Nichtsein der Republik.*

Daß nur ein republikanisches Deutschland die außenpolitischen Verhältnisse zu Gunsten des deutschen Volkes wenden kann, ist für jeden politisch klardenkenden Menschen offensichtlich. *Die Reichstagswahl muß entscheiden, ob die jetzt angebahnte weltpolitische Entspannung in einem dauernden Frieden enden, oder ob die Kriegshetze erneut Trumpf sein soll. Kriegshetze heißt neue Inflation und damit erneuter Hunger, noch größeres Elend und noch größere Not für die Massen der Arbeitenden; Kriegshetze heißt Ausbeutung des arbeitenden Volkes bis zum Weißbluten und Zuschieben aller politischer Macht den Stahlhelmbanden, Reaktionären und Schiebern!*

### Das kann und darf es nicht geben!

Denn dann steigt die schon jetzt gigantische Macht der Industriellen ins Unermeßliche. *Wie dem Schieber die Zeit der Geldentwertung Hochkonjunktur ist, so ist sie den Industriellen die Zeit weiterer Machteroberung.* Und daß die Industriekapitäne ihre Macht auszunützen wissen, ist bekannt. *Ihre Losung ist noch immer, die Knie auf die Brust und den Daumen ins Auge!* Genügend Beweis dafür ist die letzte Tagung der deutschen Industrie. Den Arbeitern als Gegenleistung für geleistete Arbeit einen auskömmlichen Lohn zu zahlen, halten die Industrieherrn für einen Frevel. Unter Benutzung des Vorwandes, unsere Währung aufrecht erhalten zu wollen, versuchen sie die Reichsregierung und die Öffentlichkeit für ihr volksfeindliches Verlangen einzufangen, obwohl feststeht, daß das Lohnniveau der deutschen Wirtschaft weit unter dem des Weltmarktes liegt.

### Aber das alles ist ja nur Vorwand!

*Absicht ist, den Achtsturentag gänzlich zu beseitigen.* Denn nach Ansicht der Unternehmer bedeutet die Verlängerung der Arbeitszeit eine Steigerung des Reallohnes. Und dann ist die Möglichkeit geschaffen, die Löhne weiter herabzusetzen. Eine Wehr dagegen soll es nicht mehr geben. Die Herren denken sich die Sache so: Natürlich muß die volle Koalitionsfreiheit bestehen bleiben, aber sie darf nicht zum Koalitionszwang werden. Die freie Selbstbestimmung des einzelnen soll zwar gesichert sein, aber ein Recht zum Streiken kann nicht anerkannt werden, weil ein Streik als Machtmittel sich immer gegen das Allgemeinwohl wenden müsse. Die Gewerkschaften sollen deshalb für die durch Streiks entstehenden Schäden zivilrechtlich haftbar gemacht werden. Was das bei einer Justiz wie der heutigen heißt, ist mit Händen zu greifen. Wo dann die sozialpolitischen Einrichtungen und Errungenschaften, die des Ausbaues dringend bedürfen, bleiben, ergibt sich ganz von selbst.

Darum am Wahltag, den 4. Mai, jede Stimme den sozialistischen Kandidaten!  
**Für den Marxismus! Gegen die Reaktion!**

**Gegen die politische wie soziale Reaktion muß am 4. Mai auch mit dem Stimmzettel Front gemacht werden!**

*Schwingt sich die deutsche Arbeiterschaft dazu nicht auf, mit aller Entschiedenheit und Deutlichkeit von jedem, der um ihre Stimme aller Entschiedenheit und Deutlichkeit von jedem, der um ihre Stimme wirbt, zu verlangen, daß er die deutsche Republik schützt, mit den andern Völkern in ein erträgliches Verhältnis zu kommen sucht, den Achtsturentag gesetzlich verankert, für ausreichenden Lohn eintritt und den Ausbau der Sozialversicherung garantiert, dann hat sie verwirkt zu klagen, wenn ihr das Fell gänzlich über die Ohren gezogen wird!*

**Die Forderungen, die die Arbeiterschaft notwendigerweise stellen muß, kann kein Vertreter bürgerlicher Parteien zur seinigen machen!**

Denn diese Vertreter sind die Beauftragten jener Kreise, die aus der Arbeit der breiten Massen persönlichen Vorteil ziehen und die Parole geprägt haben: „Die Gewerkschaften müssen zerstört werden!“

**Für die berechtigten Forderungen der Arbeiter treten nur die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei ein!**

**Ihnen ist das Wohl und Wehe der Wähler Hauptsache, sie sind für Freiheit und Fortschritt, sie treten ein für die Republik, für den Achtsturentag, für ausreichenden Lohn und für den Ausbau der Sozialversicherung. Ihnen ist die parlamentarische Arbeit Mittel, der Hand- und Kopfarbeiterschaft durch Schaffung entsprechender Gesetze dienstbar zu sein.**

**Die parlamentarische Arbeit der Kommunisten dagegen dient nicht dem Zweck, Arbeiterforderungen und Wünsche durchzusetzen.**

„Die Kommunistische Partei beteiligt sich an den Wahlen nur zu Agitationszwecken. Die Kandidaten der Kommunistischen Partei sind lediglich Beauftragte ihrer Partei, die alle Beschlüsse ihrer Partei auszuführen und sich in ihrer Betätigung diesen Beschlüssen unterzuordnen haben. Keiner der Kandidaten und Abgeordneten darf sich bei seiner Stellungnahme darauf berufen, daß er als ein vom Volk erwählter nur seinem Gewissen Verantwortung ablege“, so steht es wörtlich im Verpflichtungsschein der kommunistischen Kandidaten. Und zu diesen Beschlüssen, die auf jeden Fall auszuführen sind, gehört auch die **Zerstörung der Gewerkschaften.**

Ist auch das Parlament nicht der einzige Kampfboden der Arbeiterschaft für ihre Interessen, so ist es doch ein sehr wichtiger. Darum muß jeder Kollege am Wahltag an der Wahlurne erscheinen und auch seinen Anhang zur Abgabe der Stimme anhalten.

**Denn Wahlrecht ist Wahlpflicht!**

Soll der deutsche Reichstag jene Körperschaft sein, die bei der Gesetzgebung und bei allen politischen Handlungen das Wohl der arbeitenden Massen im Auge hat, dann gilt es die entsprechenden Vertreter auch zu wählen. *Garantie für energische Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes bieten nur die sozialistischen Kandidaten.*

## Gegen Hungerlöhne und Überpreise.

Das vertrauliche Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 28. März d. J. über Lohnpolitik, das wir kürzlich schon ins rechte Licht rücken, hat ein blendendes Schlaglicht geworfen auf die Strategie der Unternehmerorganisationen, die Reichsregierung in den Dienst ihrer Interessenpolitik zu stellen. Nicht von ungefähr verweigert das Reichskabinett die Durchführung des vom Reichspostminister abgeschlossenen Tarifvertrages und machte Schwierigkeiten gegenüber den von den Eisenbahnern geforderten Lohnerhöhungen. Nicht ganz zufällig versuchte das Reichsfinanzministerium im Januar dieses Jahres den Reichsarbeitsminister für eine Schlichtungspolitik der Abweisung von Lohnerhöhungen zu gewinnen. Die Fäden, die zwischen dem Reichsfinanzministerium und der Arbeitgeberzentrale gesponnen sind, waren beinahe fühlbar und das erwähnte Rundschreiben rückt sie nur in ein helleres Licht, um sie für jeden sichtbar zu machen.

Die Gewerkschaften haben sofort den Kampf gegen diese Hungerlohnpolitik der Arbeitgeber aufgenommen. Die Vorstände der Spitzenverbände haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt und zur Einleitung desselben am 11. April ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, in dem sie um eine umgehende Besprechung der Steuer-, Währungs- und Lohnfragen vor dem Reichskabinett nachsuchen. Dem Schreiben ist in Form einer Anlage ein Exposé über die Auffassungen der Gewerkschaften beigegeben, das auf die Aussprache vorbereiten soll. Wir bringen das Schreiben nebst Anlage in nachstehendem den Kollegen zur Kenntnis:

Berlin, den 11. April 1924.

An den Herrn Reichskanzler.  
Berlin.

Angesichts der Versuche der Arbeitgeberorganisationen, bei der Reichsregierung und in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob eine auch nur geringe Erhöhung des jetzigen Lohnniveaus eine Erschütterung der Währung mit sich bringen müsse, halten es die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften für ihre Pflicht, der Reichsregierung die Gesichtspunkte zu unterbreiten, deren Würdigung für eine zutreffende Beurteilung der wirtschafts- und währungspolitischen Lage unerlässlich erscheinen. Wir stellen fest, daß das Lohnniveau der deutschen Wirtschaft weiter unter dem des Weltmarkts liegt. Die Differenz zwischen den deutschen und den Weltmarktlöhnen ist erheblich größer als die Belastung der deutschen Industrie durch die Anfuhrerschwerungen.

Unter voller Würdigung der Schwierigkeiten, in denen sich die deutsche Industrie vor allem im Westen infolge der Belastung durch die Mietverträge befindet, müssen wir jedoch feststellen, daß die Ausfuhrmöglichkeiten der deutschen Industrie zu einem großen Teil dadurch behindert sind, daß die Industrie es bislang noch nicht verstanden hat, sich in bezug auf ihre Preisbildung auf die Notwendigkeiten einzustellen, die sich aus dem Übergange zu einer stabilen Währung unbedingt ergeben müßten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß oft nur eine ganz kleine, mit der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Betriebe durchaus zu vereinbarende Herabsetzung der Preise genügt, um den Ausfall des Absatzes wieder einzuzahlen. Dieser Ausfall und die vom Standpunkt der Wirtschaft aus unverständliche Preispolitik scheint uns eine der größten Gefahren für die Erhaltung der stabilen Währung zu bedeuten, denn sie ist neben der Zulassung von Luxusimporten die Ursache für die starke Passivität unserer Handels- und damit auch unserer Zahlungsbilanz. Eine weitere schwere Gefahr für die Währung erblicken wir in der falschen Kreditpolitik, die nicht genügend unterscheidet zwischen Krediten für wirklich produktive Zwecke und solchen, die der Finanzierung einer falschen Konsumtion dienen. Die letzten Beschlüsse der Reichsbank scheinen uns eine Bestätigung dieser unserer Auffassung zu sein.

Die hieraus folgenden Aufgaben der Handels-, Wirtschafts- und Kreditpolitik scheinen uns für die Erhaltung einer stabilen Währung viel vorordnlicher zu sein, als von den Organisationen der deutschen Arbeitgeber verfochtene Niedrighalten der Löhne. Man darf nicht vergessen, daß eine gesunde Lohnpolitik am meisten geeignet ist, durch Förderung der Kauf- und Sparkraft der breiten Massen die Wirtschaft zu beleben und dadurch die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern. In gleicher Weise sind auch die außerordentlich niedrigen Erwerbslosensätze zu beurteilen, die heute weit unter dem Existenzminimum liegen und dadurch eine gewaltsame Einschränkung der Kaufkraft herbeiführen und die Erwerbslosenziffer auf die Dauer hochhalten.

Wir glauben, daß eine Beurteilung unserer Wirtschaftslage unter den vorstehenden Gesichtspunkten eher geeignet ist, die wirtschafts- und finanzpolitischen Schwierigkeiten zu beheben, als der Versuch, die währungspolitischen Aufgaben einseitig unter einem unserer Ansicht nach falschen lohnpolitischen Gesichtspunkt zu behandeln. Wir würden großen Wert darauf legen, wenn wir un-

sere Auffassung dem Herrn Reichskanzler darlegen dürften und wären dankbar, wenn zu dieser Besprechung der Herr Reichsminister der Finanzen, der Herr Reichswirtschaftsminister und der Herr Reichsarbeitsminister hinzugezogen würden. Wir fügen in der Anlage eine ausführliche Darstellung unserer Gesichtspunkte bei.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Allgemeiner freier Angestelltenbund.  
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.  
Deutscher Gewerkschaftsbund.

Anlage zum Schreiben der Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften vom 11. 4. 1924 an den Herrn Reichskanzler.

Die unverkennbar grundsätzliche Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage des zurzeit für die deutsche Volkswirtschaft tragbaren Lohnanteils und die im Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 28. 3. 1924 an die Regierung und die amtlichen Stellen gerichteten lohn- und währungspolitischen Forderungen zwingen die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmerverbände, auch ihrerseits der Reichsregierung die von den deutschen Gewerkschaften vertretene Auffassung über Lohnhöhe und Lohnanteil darzulegen.

Die Verhandlungen über die Lohnregelung für die im Eisenbahn- und Postdienst beschäftigten Arbeitnehmer beweisen, daß die Reichsregierung fürchtet, durch eine Erhöhung des derzeitigen Lohnniveaus die deutsche Wirtschaft und damit die Rentenmarkwährung zu gefährden. Der Beschluß der Reichsregierung, die von dem Reichsarbeitsminister beantragte, an sich viel zu geringe Erhöhung der Unterstützung für die Erwerbslosen abzulehnen, geht von der gleichen Befürchtung aus. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrem Rundschreiben ausgesprochen, daß es Pflicht der Regierung sei, sich gegen die „mit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Währung verbundenen Gefahr mit allem Nachdruck zu stemmen. Vom Reichsarbeitsministerium und den Schlichtern wird verlangt, daß auch sie ihrerseits diesen Gefahren Rechnung tragen“, d. h. ihren amtlichen Einfluß gegen Lohnerhöhung einsetzen. Die Lohnerhöhung wird als die schwerste der Rentenmark und der Wirtschaft und damit der Arbeiterschaft drohende Gefahr bezeichnet. In der Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage der Lohnregelung für die im Eisenbahn- und Postdienst beschäftigten Arbeitnehmer erblicken die Gewerkschaften die Auswirkung des von der Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeber auf die Reichsregierung ausgeübten Druckes.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen wenden sich mit allem Nachdruck gegen die einseitige Auffassung, daß von der Lohnseite her der deutschen Wirtschaft ernste Gefahren drohen und daß zur Vermeidung dieser Gefahren der Lohnanteil des deutschen Arbeiters und damit seine Lebenshaltung auf das alleräußerste eingeschränkt bleiben müsse. Der deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte leidet seit Jahren unter der von den Interessenten geschickten genährten Auffassung, daß die im internationalen Güteraustausch vorhandene Absatzer schwerung der deutschen Wirtschaft auf Kosten seines Lohnanteils ausgeglichen werden müsse. Das Resultat dieser Auffassung ist eine sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch gleich bedenkliche Senkung der Lebenshaltung dieser Schichten. Wirtschaftspolitisch bedenklich vor allem deshalb, weil der Innenmarkt durch die Herabminderung der Kaufkraft stark zerrüttet und die Bedarfsdeckung vielfach in falsche Bahnen gedrängt wurde. Diese Entwicklung ist um so bedenklicher, als sie Deutschland in steigendem Maße dem Vorurteil des sozialen Dumpings aussetzt und damit zu gesteigerten Abwehrmaßnahmen des Auslandes bereits geführt hat, während in Wirklichkeit infolge der zu hohen Exportpreise die Ausfuhr trotz Niedrighaltung der Löhne nicht in Gang kommt. Das Herabdrücken der Arbeitsbedingungen verleiht insbesondere durch den relativ sinkenden Lohnanteil am Produkt zu einer Vernachlässigung der technischen und betriebsorganisatorischen Verbesserungen und damit zu einer dauernden Schädigung der Wirtschaftsgrundlagen. Sie führt weiter zu dem bedauerlichen Abwandern von hochqualifizierten Arbeitskräften in das Ausland, die dort eine wesentliche Bereicherung der mit uns konkurrierenden Industrie darstellen.

Die Tatsache der Erschwerung unseres Exportes durch Antidumpingzölle und Reparationslasten wird anerkannt. Ebenso, daß die Zurückgewinnung des Exportes Voraussetzung der deutschen Wirtschaftsgesundung ist. Falsch aber ist es, die Ursache der für den Auslandsmarkt zu hohen Preisstellung der deutschen Waren im Lohnanteil oder den sonstigen Arbeitsbedingungen des deutschen Arbeiters zu suchen. Die im Vergleich zum Weltmarkt niedrigen Arbeitslöhne müßten der Industrie starke Absatzmöglichkeiten schaffen, falls sie eine elastischere und gesündere Preispolitik durchführte. Im Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt hat die deutsche Industrie hinsichtlich der Löhne einen außerordentlichen Vorsprung.

Hinsichtlich des Arbeitseffektes hält der deutsche Arbeitnehmer jeden Vergleich mit den Arbeitnehmern des Auslandes aus. Die gelegentlich ver-

öffentlichten Zahlen über einen Rückgang des deutschen Arbeitseffektes entstammen sämtlich einseitig beeinflussten Interessentenkreisen. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß die gleiche Klage in jedweden anderen Lande erhoben wird, so daß ein Sinken des Arbeitseffektes in Deutschland, wenn solches in einzelnen Fälle wirklich nachweisbar wäre, kompensiert würde durch gleiche Erscheinungen im Auslande. Die früher von der deutschen Wirtschaft beklagte Unwirtschaftlichkeit der Arbeit infolge der Auswirkung des Entlassungsschutzes des Arbeiters resp. des mangelnden Entlassungsrechtes des Arbeitgebers ist durch den Fortfall der Demobilisationsbestimmungen beseitigt, so daß heute ein tatsächlicher Rückgang des Arbeitseffektes durch eine dem Arbeitgeber mögliche Arbeitsorganisation behoben werden kann.

Auch der Einwand, daß die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft durch Steuern und sozialpolitische und andere Verpflichtungen sehr viel stärker sei als im Auslande, und daß ein Ausstieg nur durch entsprechende Lohnsenkung erfolgen könne, ist nicht stichhaltig. Einmal ist diese Vorbelastung nicht so hoch, wie von den Interessenten behauptet, zum anderen muß beachtet werden, daß die öffentlichen Finanzen anderer Länder sehr starke Ansprüche an die Steuerkraft der dortigen Wirtschaft stellen.

Wenn trotz des ganz erheblich geringeren Lohnanteils und trotz eines zurzeit mindestens gleichwertigen Arbeitseffektes die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren bedroht ist, so muß nach den wirklichen Gründen dieser Erscheinung geforscht werden. Die wesentlichste Ursache der Schwierigkeiten liegt in einer in der Inflation hervorgerufenen und immer noch künstlich aufrechterhaltenen falschen Organisation unserer Wirtschaft. Es werden die gänzlich unwirtschaftlichen Betriebe in Handel, Gewerbe und Bankwesen künstlich durchgehalten. Dadurch wird die Lebenshaltung der breiten Volksmassen in unproduktiver Weise verteuert und das Preisniveau gesteigert.

Es ist die Ausschneidung der zahlreichen parasitischen Zwischenglieder aus der Wirtschaft notwendig, die heute durch den übermäßigen Gewinn bei einem relativ kleinen Umsatz künstlich gehalten werden. In einer Zeit, die Millionen von Arbeitern beschäftigungslos machte und einem furchtbaren Elend auslieferte, ist die Zahl der Konkurskaum merklich gestiegen, d. h. Konkurse sind tatsächlich fast gar nicht eingetreten. Dieses war nur möglich, weil der warenverteuernde Gewinn ungeheuer hoch war. Statt eines mäßigen Unternehmensgewinnes werden viel zu hohe Ansätze für Risikoprämien, Eigenkapital und Unternehmer- und Handelsgewinn in die Kalkulation eingestellt. Diese Gesamtbelastung bildet ein Vielfaches des trüblichen üblichen Unternehmensgewinnes. Ein Preisabbau von auch nur 1 Prozent würde in seinen Auswirkungen etwa eine Milliarde Goldmark jährlich erreichen und damit den Reallohn der breiten Massen beträchtlich steigern. Diese Tatsachen werden auch allgemein anerkannt. Trotzdem soll fortgefahren werden, steigende Gewinne unter Aufrechterhaltung der Preise durch weitere Minderungen des Reallohnes zu erzielen, anstatt Wege zu suchen, die geeignet sind, eine falsche Wirtschaftsorganisation umzustellen, die auch bei denkbar niedrigsten Löhnen jede Wiedergesundung unmöglich machen würde. Ursache dieser verwerflichen Belastung ist u. a. die falsche Kreditpolitik, die den unwirtschaftlichen Betrieben und Zwischengliedern ihr Durchhalten und das Aufstapeln der Warenbestände ermöglicht.

Die Gewerkschaften müssen es ablehnen, einer weiteren Steigerung des „Entbehrens-faktors“ der breiten arbeitenden Massen unnötig zuzusehen, nachdem die Erfahrung zeigt, daß diese Entbehren nicht zugunsten der Steigerung des deutschen Wettbewerbes oder der deutschen Produktivität, sondern zugunsten von Luxusverbrauch der höheren Schichten, unwirtschaftlicher Gestaltung der Volkswirtschaft und Einschränkung der wichtigsten Produktionsgrundlagen der Wirtschaft, nämlich des Inlandsverbrauchs der breiten Bevölkerungsschichten der Arbeiterschaft und des Mittelstandes erreicht wird.

Die Gewerkschaften müssen daher fordern: Angemessene Erhöhung der Löhne entsprechend dem steigenden Lebenshaltungskosten und dem Lohnanteil in der Vorkriegszeit und in den konkurrierenden Auslandsindustrien. Belastungen der Wirtschaft und des Volkes durch die außerpolitische Lage Deutschlands dürfen nicht einseitig von der Arbeitskraft allein, sondern müssen zugleich vom Kapital und durch Verringerung der zwischen Kapitalertrag und Arbeitskraft eingeschalteten übermäßig großen Kosten an Zwischenspesen und Zwischenhändler getragen werden. Der notwendige Preisabbau muß erreicht werden durch Verringerung des Kapitalprofits, Ausschaltung der überflüssigen Zwischenglieder und Zwischenkosten. Dem durchgeführten Beamten- und Angestelltenabbau in der Verwaltung muß ein nicht minder rückichtsloser Abbau der überflüssigen Zwischenglieder und veralteten Arbeitsmethoden der Wirtschaft entsprechen. Erst daraus ergibt sich dann eine Steigerung der Massenkäufe, die ihrerseits die Arbeitskraft und den Beschäftigungsgrad hebt und damit die toten Kosten in Staat und Wirtschaft senkt.



Lage im Gewerbe" dienen sollte. Mit Ausnahme von G6rlitz und Lauban waren s4mmtliche Mitgliedschaften vertreten. Vom Verbandsvorstand war Kollege Herbst anwesend. Nach Er6ffnung der Konferenz durch den Gauleiter Kollegen Ulbrich und der Wahl des Bureaus, das sich aus den Kollegen Ulbrich, Rutschke und Karbstein zusammensetzte, ergriff Kollege Herbst das Wort. Er betonte einleitend, da6 die Konferenz, die ohne das Einverst4ndnis des Verbandsvorstandes einberufen worden sei, keine bindenden Beschl4sse fassen, sondern nur Fingerzeige geben k6nne f4r die zuk6nftige Gestaltung unserer Gewerkschaftsarbeit. Im vergangenen Jahre sei die Arbeit des Verbandsvorstandes von den Kollegen nicht immer verstanden und gew6rdigt worden. Die Unterzeichnung der von den Gehilfen abgelehnten Tarifab4nderungen habe dem Verbandsvorstand vielfache Angriffe eingetragen. Die nachfolgende Zeit habe aber die Handlungsweise des Verbandsvorstandes gerechtfertigt. Ein erheblicher Teil der Unternehmer h4tte im vergangenen Jahre sicher mit der Ablehnung des Tarifes gerechnet und die notwendigen Vorbereitungen getroffen. Sp4ter benutzten die Unternehmer die Zeit des tiefsten Standes, um Positionen des rechtsverbindlichen Tarifes anzunagen und ihre W6nsche auf Arbeitszeitverl4ngerung in die Tat umzusetzen. Er behandelte dann ausf6hrlich den rechtsverbindlichen Schiedsspruch des RAM, und die Wirkung des Schiedsspruches auf die Organisation bez6glich der M6glichkeit einer eventuellen Haftbarmachung. Die Behandlung der Lohnfrage d6rte dem Kampf um die Arbeitszeit, der am 31. Mai wiederum entbrenne, nicht in den Hintergrund dr4ngen. Ubergehend zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen und die daraus m6gliche Gestaltung der Verh4ltnisse, gab Kollege Herbst instruktive Hinweise, die von der Konferenz einstimmig gebilligt wurden. Die Frage: „Was mu6 in Zukunft geschehen?“ beantwortete er dahingehend, da6 restlos an der inneren Aufkl4rung und St4rkung der Organisation gearbeitet werden m6sse. Nur wer die wirtschaftlichen Notwendigkeiten erkennt, kann die richtigen Entscheidungen treffen. In der Aussprache stimmten die Kollegen den Ausf6hrungen r6ckhaltslos zu. Im einzelnen brachten die Kollegen V6rg4nge aus den Mitgliedschaften zur Kenntnis. H4ufig werde den Funktion4ren die Arbeit durch ungerechte Angriffe der Kollegen erschwert. Eine gro6e Rolle spielte auch die Tatsache, da6 die jungen Kollegen nicht zu bewegen sind, ihre Stellung zu ver4ndern und in die Welt zu gehen. Ubereinstimmung herrschte dar6ber, da6 durch Stellungswechsel das Lohnniveau mit gehoben werden k6nne. Verschiedene kleinere Zahlstellen geben dem W6nsche Ausdruck, es m6chten sich 6ber als bisher Vertre-

ter des Verbandsvorstandes oder des Gauvorstandes sehen lassen. Kollege Herbst ging auf die vorgebrachten W6nsche und Beschwerden ein. Er erw4hnt, da6 in manchen Teilen der Arbeiterschaft der Gedanke aufgetaucht sei, durch Beitragsperre die Lage zu verbessern. Die Unternehmer haben diese Bewegung nicht selten indirekt unterst6tzt. Der Erfolg war, da6 sich z. B. im Ruhrrevier 70 000 Arbeiter haben den 10-Stundentag aufdr4ngen lassen m6ssen. Es g4be auch bei uns Kollegen, die f4r sich das unver4u6erliche Recht beanspruchten, alles, was von den Funktion4ren kommt, zu bekritteln und runterzurei6en. Demgegen6ber sei betont, da6 wir vor gro6en Dingen stehen und unser h6chstes Gut die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Kollegenschaft darstelle. Kollege Ulbrich betonte, da6 die Aussprache den Beweis erbracht habe, da6 die Konferenz notwendig war; sie habe gezeigt, wo der Hebel anzusetzen sei und schlo6 mit Dankesworten an die Kollegen die Sitzung.

**Gemeinschaftskapital gegen Privatkapital.**

Die vom ADGB, AfA, und ADB. gegr6ndete Mietwohnungsf6rsorge A.-G. f4r Beamte, Angestellte und Arbeiter erl46t folgenden Aufruf:  
 Gewerkschaftsgenossen! Wenn das Privatkapital heute mit tiefem Schlage gegen die arbeitenden Volksmassen ausholt, dann zieht es seine Kraft f4r diese Diktatur aus der wirtschaftlichen Schw4che der Gehalts- und Lohnempf4nger. Bekennen wir offen, da6 wir zum Teil selbst schuld daran sind, wenn wir uns wirtschaftlich nicht wehren k6nnen. Haben wir das Arbeiterkapital ebenso organisiert zum Kampf gegen das Privatkapital wie die Arbeitskraft? Nein, wir tragen auch heute noch Arbeitergroschen auf private Banken. Wir haben auch heute noch nicht erkannt, da6 das Arbeiterkapital eine lebendige Kampfkraft enth4lt und stecken es in den Strumpf, anstatt es durch die Hand gemeinwirtschaftlicher, von den Gewerkschaften kontrollierte Organe und Gesellschaften, in den Kampf gegen Ausbeutung und Wucher zu werfen.  
 Ihr werdet entgegnen: Wir haben nicht einmal einen Strumpf, geschweige denn Kapital. Gewi6, das ist eine ehrliche Antwort der wirklich Mittellosen und Armsten. Unsere Aufforderung richtet sich aber nicht an diejenigen, die 6ber wirtschaftliche Kampfkraft nicht verf6gen, sondern an diejenigen, die in Arbeit und Brot stehen und sich f4r bestimmte Zwecke Entbehrenungen auferlegen und Spargroschen zur6cklegen und diese fortlaufend vermehren. Aus hunderten von Zuschriften

wissen wir, da6 wohnungslose Gehalts- und Lohnempf4nger nicht nur die Absicht haben, sich f4r den Erwerb eines eigenen Heimes oder f4r die Beschaffung einer Wohnung oder zum Ankauf von Hausrat Spargroschen zur6cklegen, sondern Kapital auch zur6ckgelegt haben.  
 An diese Volksgenossen richten wir die Aufforderung, sich mit der von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Deutschen Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund gegr6ndeten „Reichswohnungsf6rsorge A.-G. f4r Beamte, Angestellte und Arbeiter“ abgek6rzt: „Rewog“, in Verbindung zu setzen.  
 Die „Rewog“ will euch beim Einsparen des Kapitals behilflich sein. Sie will euch dieses Kapital in Verbindung mit der Gewerkschaftsbank treuh4nderisch verwalten. Sie will es durch Zins und Zinseszins vermehren. Mehr noch, sie will dieses Kapital sofort nutzbar machen und in die Wohnungsproduktion stecken. Sie will es den privaten Unternehmern und privaten Banken entziehen und es zu einer wirtschaftlichen Macht gegen eure wirtschaftlichen Gegner werden lassen. Sie will in diesem Kapital Wohnungen f4r Arbeiter, Angestellte und Beamte bauen. Sie will euch euren eigenen Zielen und W6nschen n4her bringen, indem sie die Schw4che des einzelnen zu einer Macht der Masse werden l46t.  
 Habt ihr kein Vertrauen zu eurer eigenen wirtschaftlichen Macht? Dann klagt nicht 6ber eure Schw4che. Habt ihr mehr Vertrauen zu dem Privatkapital und seinen Unternehmungen? Dann wundert euch nicht 6ber deren St4rke und Brutalit4t. Der Sieger nimmt seine Kr4fte aus eurer Macht. Wer soll Sieger sein? Der Privatgeist oder der Gemeingeist? Dar6ber die Entscheidung zu f4llen, liegt bei euch.  
 Wollt ihr die Gemeinwirtschaft in der Wohnungswirtschaft f6rdern, dann m66t ihr auch eure Spargroschen den Organen zuf6hren, die f4r euch geschaffen sind. Wollt ihr euch Heim und Hausrat ersparen, so wendet euch an die „Rewog“. Berlin S 14, Inselstra6e 6, und verlangt von ihr die Bedingungen, zu denen sie Sparkapital entgegennimmt und treuh4nderisch verwaltet.  
**Tarifamt f4r Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker.**  
 Die Tarife sind erschienen und k6nnen durch das Tarifamt zum Preise von 30 Pfg. das St6ck bezogen werden.  
 Berlin SW 68, den 24. April 1924.  
 Markgrafenstr. 73 II.  
**Tarifamt f4r Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht und Tiefdrucker**  
 I. A.: Rich. K6hler, Gesch4ftsf6hrer.

J6ngerer, durchaus zuverl4ssiger  
**Um- und Andrucker**  
 f4r Stein und Zink, der an sauberes, flottes Arbeiten gew6hnt ist, in gutbezahlte Dauerstellung zu baldigem Eintritt gesucht. M6bl. Zimmer wird besorgt. Angebote mit Zeugnisabschriften und m6glichst Lichtbild an  
**Heinr. Rud. Schl6ter, A.-G., Bruchsal.**

Wir suchen zum m6glichst sofortigen Eintritt t6chtigt  
**Auto- und Strich-4tzer**  
 in angenehme Dauerstellung. Schriftliche Angebote mit Angabe der Lohnanspr6che erbitten wir umgehend an  
**Hodes & Fein, G. m. b. H., Graphische Kunstanstalt K6ln, Maybachstrasse 159.**

Perfekter  
**Andrucker**  
 mit gutem Farbensinn in dauernde Stellung bei gutem Lohn gesucht.  
 Stelle ferner ein: T6chtigt  
**Umdrucker- u. Fertigmacher**  
 f4r Stein und Zink.  
**Hugo Beatchorn, Magdeburg-Neustadt.**

Zu sofortigem Eintritt gesucht in Dauerstellung  
**1a Umdrucker**  
 f4r pr4ziseste Rasterarbeit, sowie erstklassige  
**Andrucker f4r Chromo**  
 Bemusterte Angebote an  
**Haufler & Wiest, A.-G., Stuttgart Lindensp6rstra6e 39**

Eine neu zu errichtende Klischee-Anstalt in K6ln sucht nur erfahrene Spezialkr4fte und zwar:  
**1 Autotypie-4tzer**  
**1 Punkttief4tzer**  
**1 Nachschneider zugleich Drucker**  
**1 Strich4tzer**  
**1 Retuscheur zugleich perfekter Zeichner**  
 Eintritt baldigst. Angebote an die  
**Deutsche Bildzentrale und Klischee-Anstalt K6ln, Marzellenstra6e 37.**

**J6ngerer, t6chtiger Lithograph**  
 der absolut sicher und zuverl4ssig in Schrift und Zeichnung (vorwiegend Packungen in moderner Technik) in gutbezahlte Dauerstellung zu baldigem Eintritt gesucht. M6bl. Zimmer wird besorgt. Angebote mit Zeugnisabschriften, Arbeitsmuster und m6glichst mit Lichtbild an  
**Heinr. Rud. Schl6ter, A.-G., Bruchsal**

**Hamburg**  
**Zwei Notensteder**  
 sofort gesucht. Angebote mit Zeugnissen und Lohnforderungen erbelten an  
**Moritz Dreif6ig, Hamburg, Lindenstra6e 39-41**

**Positiv-Retuscheure**  
 selbst4ndig und t6chtig f4r feinste Maschinen-Retuschen in angenehme lohnende Stellung sofort gesucht. Nur 4ltere bew4hrte Kr4fte belieb. Muster einzusenden  
**Otto Forker, Stuttgart.**

**Maschinenretuscheure**  
**Auto4tzer**  
**Andrucker**  
**schwarz-wei6-Zeichner**  
**Metall-Retuscheure**  
 werden noch eingestellt gegen zeitgem46e Entlohnung. Es wollen sich nur gut durchgebildete Kr4fte mit Gehaltsforderung melden  
**Vereinigte Chemigraph. Kunstanst. K. A. Machleb, Chemnitz i. Sa. Theaterstra6e 12.**

T6chtigen  
**Umdrucker**  
 perfekt in Zinkdruck, sowie allen anderen vorkommenden Arbeiten suchen  
**Gebr6der Koppe, A.-G., Berlin-Lichtenberg.**

T6chtige  
**Offsetdrucker**  
 f4r Qualit4tsarbeiten suchen  
**Wezel & Naumann, A.-G., Leipzig T4ubchenweg 71-73.**

Perfekte flotte  
**Auto4tzer**  
 finden sofort angenehme Dauerstellung bei  
**Fritz Hausmann, Darmstadt**  
 Suche zum umgehenden Antritt prima  
**Maschinenretuscheur**  
**Conrad Sch6nhals, Breslau.**

**Umdrucker**  
 gesucht. Ledige werden bevorzugt.  
**Fr. Ewers & Co., L6beck**  
 Blechenballagenfabrik.

Mehrere t6chtige  
**Messingsteder**  
 auch solche die in Holzarbeiten bewandert und stellt durch den Arbeitsnachweis ein  
**August Saalfeld, Einbeck.**

J6ngerer  
**Reproduktions-Photograph**  
 f4r Strich und Auto wird zu sofortigem Antritt gesucht. Angebote m. Lohnangab. an  
**Kirstein & Co., Graph. Kunstanstalt Leipzig, Hospitalstra6e 11a.**